

AutorInnenangaben:

Simon Sturn und Till van Treeck arbeiten am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf. Klara Zwickl arbeitet und promoviert an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Die strukturellen Ursachen der Krise und das Scheitern neoliberaler Wirtschaftspolitik

Von Simon Sturn, Till van Treeck und Klara Zwickl

In der öffentlichen Debatte werden vor allem falsch regulierte Finanzmärkte und individuelles Fehlverhalten für die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Solche Erklärungen greifen aber zu kurz. Denn als wichtige strukturelle Voraussetzung dieser Krise wird von ÖkonomInnen zunehmend die seit den 1980er Jahren in den meisten OECD-Ländern gestiegene ökonomische Ungleichheit erkannt. Die zunehmende Einkommenspolarisierung ist nicht allein Resultat der Globalisierung und des technischen Wandels, sondern auch Produkt der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten. Nicht nur die Finanzmärkte, sondern auch die Arbeitsmärkte wurden in dieser Zeit dereguliert. Dies schwächte die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen und beförderte die Zunahme der Einkommensungleichheit. Die Reregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte und eine egalitärere Verteilung der Einkommen sind Voraussetzungen für die künftige Stabilität der globalen Wirtschaft.

1. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Zunahme der Einkommensungleichheit

Als Reaktion auf die ausufernden Verteilungskämpfe und die Stagflation kam es Ende der 1970er Jahre zu einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Das über drei Dekaden erfolgreiche ökonomische Nachkriegsmodell – geprägt durch den Ausbau des Sozialstaats, produktivitätsorientierte Lohnpolitik und keynesianische Nachfragesteuerung – wurde ab Ende der 1970er Jahre von einem neoliberalen Wachstumsmodell – geprägt durch

deregulierte Finanz- und Arbeitsmärkte und einen Rückbau des Sozialstaats – abgelöst (vgl. Armstrong et al. 1991, Duménil/Levy 2001, Krugman 2008).

Eines der zentralen Ziele der zunehmend am Monetarismus orientierten Wirtschaftspolitik war die Reduktion der ab Mitte der 1970er Jahre stark steigenden Inflation. Die Kombination aus Vollbeschäftigung, starken Gewerkschaften, mehreren Ölpreisschocks und sinkendem Produktivitätswachstum führte zu Lohn-Preis-Spiralen, da die von den ArbeitnehmerInnen verhandelten Nominalloohnerhöhungen von den UnternehmerInnen zunehmend über steigende Preise weitergereicht wurden. Diese Inflationsspiralen sollte durch die Schwächung der Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen gebrochen werden. Eine zentrale Rolle dabei spielten die Zentralbanken, deren restriktiver Kurs ab Ende der 1970er Jahre zu deutlich steigenden Realzinsen führte. Die restriktive Geldpolitik Anfang der 1980er Jahre ging mit Rezessionen in den meisten OECD-Ländern einher. Die Arbeitslosigkeit erreichte Mitte der 1980er Jahre über Jahrzehnte nicht gekannte Werte. Dies schwächte die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen nachhaltig und führte zu niedrigeren Inflationsraten und sinkenden Lohnquoten (vgl. Ball 1999, Glyn 2006, Palley 1997, Smithin 1996, Schulmeister 1998). Verstärkt wurde dieser Prozess durch die gestiegene Kapitalmobilität und Shareholder-Value-Orientierung der Unternehmen, welche für zusätzlichen Druck auf die Löhne (und die Wirtschafts- und Sozialpolitik) sorgten (vgl. Palley 2009, van Treeck et al. 2007).

Die mit den Rezessionen Anfang der 1980er und 1990er Jahren insbesondere in einigen europäischen Ländern stark und dauerhaft gestiegene Arbeitslosigkeit wurde als Resultat überregulierter Arbeitsmärkte gedeutet. Gemäß der monetaristischen (bzw. neuklassischen) Vorstellung nähert sich die Arbeitslosigkeit in der langen Frist ihrer allein angebotsseitig bestimmten „natürlichen“ (bzw. inflationsstabilen) Arbeitslosenrate an. Antizyklische Geld- und Fiskalpolitik haben dieser Konzeption zufolge keinen langfristigen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit, ebenso wenig wie andere Komponenten der aggregierten Nachfrage. Um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen muss demnach die Effektivität des Arbeitsmarktes gesteigert werden, und staatliche bzw. gewerkschaftliche Eingriffe minimiert werden (vgl. Friedman 1977, OECD 1994, Nickell et al. 2005). Der Internationale Währungsfonds fasst diese immer noch dominante Sicht des Arbeitsmarkts wie folgt zusammen:

„Ein großer Kreis von BeraterInnen und internationalen Organisationen – unter anderem die Europäische Kommission, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) – argumentierten, dass Arbeitsmarktinstitutionen für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Folglich wurden Länder mit hoher Arbeitslosigkeit wiederholt gemahnt, umfassende strukturelle Reformen durchzuführen, um Arbeitsmarktrigiditäten, wie großzügige Arbeitslosenversicherungen, stark ausgebaute Kündigungsschutzbestimmungen mit hohen Entlassungskosten, hohe Mindestlöhne, und wettbewerbsbehindernde Lohnverhandlungsmechanismen zu reduzieren und gravierende Verzerrungen durch das Steuersystem abzuschaffen.“ (IMF 2003: 129, eigene Übersetzung)

Diese Sichtweise des Arbeitsmarkts ist freilich theoretisch und empirisch umstritten (vgl. z.B. Akerlof 2007, Baker et al. 2005, Baccaro/Rei 2007, Solow 2000). Bspw. argumentieren viele keynesianisch inspirierte ÖkonomInnen, dass insbesondere die kräftige Desinflationsphase zu Beginn der 1980er Jahre und die restriktive Zentralbankpolitik verantwortlich für den starken und dauerhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit war (vgl. bspw. Ball 1999, Epstein/Schor 1991, Fitoussi et al. 2000, Smithin 1996). Des Weiteren ist offensichtlich, dass sich unter jenen Ländern mit besonders geringer Arbeitslosigkeit häufig solche mit sehr regulierten Arbeitsmärkten und starken Sozialstaaten und Gewerkschaften – wie bspw. in Skandinavien – finden (vgl. OECD 2006). Solche Einwände wurden aber von der Wissenschaft und Politik lange Zeit nur wenig berücksichtigt, und die weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte und Lohnzurückhaltung gehören nach wie vor zur Standardempfehlung vieler ÖkonomInnen (vgl. z.B. SVR 2009).

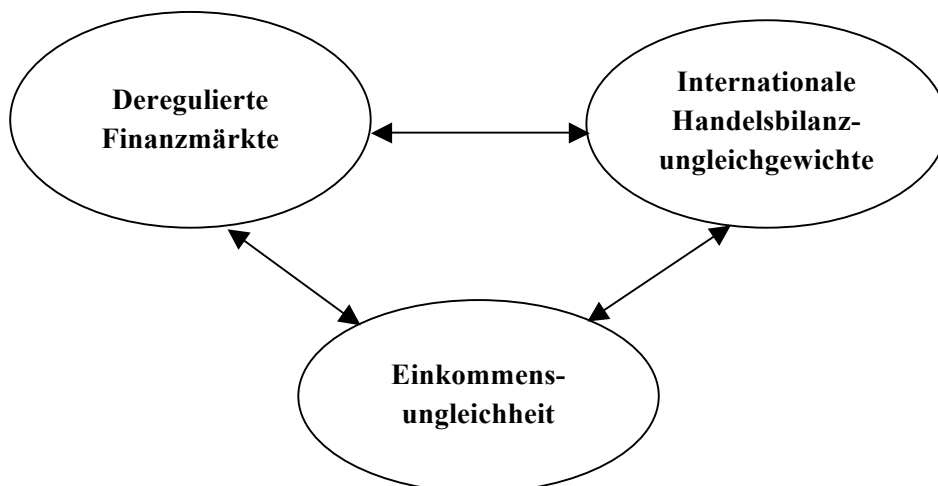
Seit den 1980er Jahren wurden in den meisten OECD-Ländern der Abbau von Sozialleistungen und z.T. sogar die Schwächung der Gewerkschaften von ÖkonomInnen, einigen internationalen Organisationen und vielen Regierungen vorangetrieben. Staatliche Umverteilung wurde als beschäftigungs- und anreizfeindlich diskreditiert. Kombiniert mit einer zunehmend restriktiven Geld- und Fiskalpolitik wurde so die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen deutlich geschwächt, mit entsprechenden Auswirkungen auf die personelle und funktionelle Einkommensverteilung (vgl. ausführlicher in Horn et al. 2009). Das angelsächsische Modell mit deregulierten Arbeitsmärkten, relativ geringer

Arbeitslosigkeit und hohen Wachstumsraten wurde als Vorbild ausgemacht. Wie sich nun aber zeigt, beruhte der scheinbare Erfolg des angelsächsischen Modells nicht unwesentlich auf einer Kompensation der schwachen Einkommensentwicklung in breiten Bevölkerungsteilen durch die Ausweitung von Krediten als Quelle einer starken Konsumnachfrage. Damit werden die makroökonomischen Risiken deregulierter Arbeitsmärkte und ungleicher Einkommensverteilung offensichtlich.

2. Die Zunahme der Einkommensungleichheit und die Krise

Unter ÖkonomInnen mit teilweise sehr unterschiedlichem theoretischen Hintergrund scheint sich zunehmend eine Konsenserklärung bezüglich der tiefer liegenden Ursachen der aktuellen Krise zu entwickeln (vgl. z.B. Crouch 2009, Dullien et al. 2009, Evans 2009, Fitoussi/Stiglitz 2009, Horn et al. 2009, Livingston 2009, Mathieu/Sterdyniak 2009, Onaran 2009, Palley 2005, 2009, Sapir 2009, Schulmeister 2010, Stiglitz 2009, Stockhammer 2009, van Treeck et al. 2007, Wade 2009, Young 2009). Vereinfacht dargestellt, liegen diese in der Interaktion von zunehmender Einkommensungleichheit, deregulierten Finanzmärkten, und internationalen Handelsbilanzungleichgewichten (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Ursachen der Krise



Quelle: eigene Darstellung

Diese drei Ursachen sind interdependent, aber am einfachsten ist es, die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen als Ausgangspunkt zu nehmen. Dies ist auch der Ansatz eines internationalen ExpertInnengremiums um Jean-Paul Fitoussi und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz: *„Die Krise hat strukturelle Wurzeln. Der Mangel an aggregierter Nachfrage ging der Finanzkrise voraus und ist Konsequenz der strukturellen Änderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagnierten in den meisten industrialisierten Ländern die Medianlöhne und Einkommensungleichheiten haben zugunsten der oberen Einkommensgruppen zugenommen. Dies ist Teil eines generellen Entwicklungstrends, welcher ebenso weite Teile der nichtindustrialisierten Welt betroffen hat.“* (Fitoussi/Stiglitz 2009, 3; eigene Übersetzung)

Da BezieherInnen niedriger Einkommen eine höhere Konsumneigung aufweisen, dämpfte die Einkommensumverteilung nach oben tendenziell die private Nachfrage. Der so erzeugte Hang zur Nachfrageschwäche konnte in den USA durch den Anstieg der Verschuldung der Privathaushalte kompensiert werden. Trotz einem seit den 1980er Jahren andauernden Prozess der Einkommensumverteilung nach oben (vgl. Piketty/Saez 2003) und der Stagnation der Medianlöhne seit drei Jahrzehnten (vgl. Krugman 2008) war der dynamische private Konsum lange Zeit tragende Säule des Wirtschaftswachstums in den USA. Die gestiegenen Vermögenspreise, zuletzt insbesondere im Immobiliensektor, in Kombination mit deregulierten und innovationsfreudigen Finanzmärkten, ermöglichten vor allem den unteren und mittleren Einkommenschichten eine massive Ausweitung der Verschuldung relativ zu ihrem Einkommen, wodurch sie ihr Konsumniveau ausweiten konnten (vgl. ausführlich Horn et al. 2009).

Notwendig für diese Entwicklung war die Deregulierung des Kreditmarktes. Über Jahrzehnte wurden stagnierende Realeinkommen breiter Bevölkerungsteile und fehlende sozialstaatliche Absicherung durch die (politische) Förderung von Wohneigentum und erleichterten Zugang zu Krediten kompensiert (vgl. Eggert/Krieger 2009). Als die US-Immobilienpreisblase platzte, wurden die Überschuldung breiter Teile der Haushalte und damit die Grenzen des US-Wachstumsmodells offensichtlich (vgl. Palley 2009, Evans 2009).

Da sowohl der Privatsektor als auch der Staat in den USA seit Jahren strukturelle Defizite erzielten, musste in hohem Maße Kapital aus dem Ausland importiert werden. Dem hohen

Handelsbilanzdefizit der USA standen also hohe Überschüsse anderer Länder gegenüber. Auch diese erklären sich wiederum teilweise aus der Unterregulierung der internationalen Finanzmärkte, und teilweise daraus, dass viele Länder mit der steigenden Ungleichheit ganz anders umgegangen sind als die USA.

Eine erste Gruppe von exportorientierten Volkswirtschaften bilden eine Reihe von Entwicklungsländern in Asien und Südamerika. Diese waren als Reaktion auf die Finanz- und Währungskrisen seit Mitte der 1990er Jahre darauf bedacht, Kapitalbilanzüberschüsse zu erzielen, um „Kriegskassen“ in US-Dollar zur Bekämpfung möglicher Währungskrisen anzuhäufen (vgl. Bernanke 2005). Die zweite Gruppe besteht insbesondere aus Deutschland, Japan, mehreren kleineren europäischen Ländern und in gewisser Hinsicht China, das freilich zunehmend eine Sonderrolle spielt. In diesen Ländern führte die Lohnzurückhaltung und Einkommensungleichheit zu einer Spaltung von Außen- und Binnenwirtschaft. Während die Exporte angesichts steigender Wettbewerbsfähigkeit florierten, lahmte der Konsum angesichts der schleppenden Entwicklung der realen Masseneinkommen.

In Deutschland sind während des letzten Aufschwungs sogar die Reallöhne gefallen (vgl. Logeay/Zwiener 2008). Der massive institutionelle Umbau des Sozialstaats ab 2002, und die politisch induzierte deutliche Ausweitung des Niedriglohnssektors zeigte Wirkung auf die Einkommensverteilung. Die OECD (2008) stellte jüngst fest: *„Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.“* Anders als in den USA waren die deutschen Haushalte nicht in der Lage bzw. willens, ihre stagnierenden Einkommen durch übermäßige Verschuldung für Konsumzwecke zu kompensieren. Die ständige Verbesserung der Lohnstückkostenposition durch Lohnzurückhaltung brachten Deutschland schließlich den „Titel des Exportweltmeisters“ ein (siehe ausführlich in Horn et al. 2009). Auch Österreich hat – wenn auch weniger ausgeprägt – dieses deutsche Modell der Lohnzurückhaltung und Exportorientierung nachgeahmt (vgl. Chaloupek 2009, Joebges et al. 2009).

Im Ergebnis agierten die exportorientierten Länder als „Trittbrettfahrer“, da sie Wachstum nicht aus eigener, binnenwirtschaftlicher Kraft generierten, sondern von der Verschuldung anderer Länder – insbesondere der USA, aber auch Spanien und Großbritannien – abhängig waren. Die globalen Ungleichgewichte sind Ausdruck des international unterschiedlichen

Umgangs mit dem Fehlen steigender Masseneinkommen als Grundlage für eine kräftige Nachfrageentwicklung: *„Die Kombination dieser strukturellen Ungleichgewichte, bekannt unter der Bezeichnung Globale Handelsbilanzungleichgewichte, führte zu einem fragilen Gleichgewicht, wodurch kurzfristig das Problem der mangelnden aggregierten Nachfrage auf globaler Ebene gelöst wurde, jedoch zulasten des zukünftigen Wachstums.“* (Fitoussi/Stiglitz 2009, 4; eigene Übersetzung)

3. Die Grenzen des kreditfinanzierten und exportorientierten Wachstums

Das Wachstum der größten Ökonomien der Welt wurde insbesondere in der letzten Dekade zunehmend abhängig vom kreditfinanzierten Konsum in den USA, z.T. auch in Großbritannien und Spanien. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde die Überschuldung der US-Haushalte offen gelegt. Mittelfristig sind deswegen eine Reihe von schwierigen gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen hin zu einem balancierteren Wirtschaftsmodell erforderlich. Damit die USA und andere bisherige Defizitländer stärker über die Außenwirtschaft wachsen und ihre Handelsbilanzdefizite reduzieren können, muss in anderen Regionen der Welt die Binnennachfrage gestärkt werden: *„Neben der Wiederherstellung der Angebotsseite muss sich auch die Struktur der globalen Nachfrage ändern, damit sich die Wirtschaft nachhaltig erholen kann. Insbesondere müssen Länder, die exportorientierte Strategien verfolgten und hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufgebaut haben, mehr auf Binnennachfrage setzen – namentlich die Schwellenländer in Asien und andernorts, sowie Deutschland und Japan.“* (IMF 2009, 32; eigene Übersetzung)

Mit einer Reregulierung der Finanzmärkte wäre die globale Ökonomie nicht auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gebracht. Hierfür ist insbesondere auch ein grundsätzliches Umdenken in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik notwendig. Eine egalitärere Verteilung der Einkommen sowie Löhne, die nicht hinter dem Produktivitätswachstum hinterherhinken, sind Voraussetzungen für ein Wirtschaftsmodell, welches nicht auf Überschuldung oder Exportabhängigkeit basiert. In Anbetracht des allgemein prognostizierten Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren, und deren Auswirkung auf die Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, ist aber eher zu erwarten, dass sich die Reallöhne in den kommenden Jahren äußerst moderat entwickeln. Und auch in der Politik ist in den meisten Ländern kein Umdenken in Fragen der Verteilung des

Wohlstands in Sichtweite. Eine gesellschaftliche Debatte um die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig.

Eine egalitäre Primärverteilung könnte durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungsposition und die Bekämpfung der in den letzten Jahrzehnten geschaffenen Niedriglohnsektoren durch Mindestlöhne und die Einführung stärkerer sozialrechtlicher Standards für prekäre Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Mittels veränderter Steuer- und Transferpolitik sowie einem Ausbau öffentlicher Infrastruktur könnte die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weiter korrigiert werden. Die steigende Arbeitslosigkeit ließe sich bereits kurz- bis mittelfristig durch den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und durch gezielte Arbeitszeitverkürzung reduzieren. Eine verstärkte Nutzung des technischen Fortschritts zur Reduktion der Arbeitszeit käme zugleich auch ökologischen Zielen der Politik entgegen.

Literatur

- Akerlof, George (2007): The Missing Motivation in Macroeconomics. *American Economic Review*, 97/1: 5-36
- Armstrong, Philip/Glyn, Andrew/Harrison, John (1991): *Capitalism since 1945*. Basil Blackwell, Oxford
- Baccaro, Lucio/Rei, Diego (2007): Institutional Determinants of Unemployment in OECD Countries: Does the deregulatory view hold water? *International Organization*, 61: 527-569
- Baker, Dean/Glyn, Andrew/ Howell, David/Schmitt, John (2005): *Labor Market Institutions and Unemployment: Assessment of the Cross-Country Evidence*. Howell, David (Hg.): *Fighting Unemployment: The Limits of free Market Orthodoxy*. Oxford University Press
- Ball, Laurence (1999): Aggregate Demand and Long-Run Unemployment. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2: 189-251
- Bernanke, Ben (2005): The Global Savings Glut and the U.S. Current Account Deficit <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/> [05-05-2009]
- Chaloupek, Günther (2009): Krise und Lohnpolitik. *Arbeit&Wirtschafts*, 10: 12-13
- Crouch, Colin (2009): Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime. *British Journal of Politics and International Relations*, 11/3: 382-399
- Dullien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian (2009): *Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste*. Transcript, Bielefeld
- Duménil, Gérard/Levy, Dominique (2001): Costs and Benefit of Neoliberalism – A Class Analysis. *Review of International Political Economy*, 8/4: 578-607
- Eggert, Wolfgang/Krieger, Tim (2009): „Home Ownership“ als Substitut für Sozialpolitik - Zum Entstehen der Finanzkrise in den USA, *Wirtschaftsdienst*, 89/6: 390-396
- Epstein, Gerald/Schor, Juliet (1991): Macropolicy in the Rise and Fall of the Golden Age. In: S. Marglin/J. Schor (Hg.): *The Golden Age of Capitalism*. Clarendon Press, Oxford

- Evans, Trevor (2009): The 2002-2007 US Economic Expansion and the Limits of Finance-led Capitalism. *Studies in Political Economy*, 83: 33-59
- Fitoussi, Jean-Paul/Jestaz, David/Phelps, Edmund/Zoega Gylfi (2000): Roots of the Recent Recoveries: Labor Reforms or Private Sector Forces? *Brookings Papers on Economic Activity*, 1: 237-311
- Fitoussi, Jean-Paul/Stiglitz Joseph (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. *OFCE Document de Travail*, 17
- Friedman, Milton (1977): Nobel Lecture: Inflation and Unemployment. *Journal of Political Economy*, 85/3: 451-472
- Glyn, Andrew (2006): *Capitalism Unleashed – Finance, Globalization, and Welfare*. Oxford University Press, Oxford
- Horn, Gustav/Dröge, Katharina/Sturn, Simon/van Treeck, Till/Zwiener, Rudolf (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) - Die Rolle der Ungleichheit. *IMK Report*, 41
- IMF (2003): Unemployment and Labor Market Institutions: Why Reforms Pay Off, *World Economic Outlook*, Mai, Chapter 4, International Monetary Fund, Washington D.C.
- IMF (2009): *World Economic Outlook*, Oktober, Kapitel 1, Washington, D.C.
- Joebges, Heike/Logeay, Camille/Sturn, Simon/Zwiener, Rudolf (2009): Deutsche Arbeitskosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg – Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008. *IMK Report*, 44
- Krugman, Paul (2008): *Nach Bush – Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten*. Campus: Frankfurt
- Livingston, James (2009) Their Great Depression and Ours. *Challenge*, 52/3: 34-51
- Logeay, Camille/Zwiener, Rudolf (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs. *WSI Mitteilungen*, 8: 415-422
- Mathieu, Catherine/Sterdyniak, Henri (2009): La globalisation financière en crise. *Revue de l'OFCE*, 110: 13-74
- Nickell, Stephen/Nunziata, Luca/Ochel, Wolfgang (2005): Unemployment in the OECD since the 1960s: What do we know? *Economic Journal*, 115: 1–27
- OECD (1994): *The OECD Jobs Study. Facts, Analysis, Strategies*. OECD Publishing, Paris
- OECD (2006): *Employment Outlook: Boosting Jobs and Incomes*. OECD Publishing, Paris
- OECD (2008): *Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland*: <http://www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf> [27-07-2009]
- Onaran, Özlem (2009): From the crisis of distribution to the distribution of the costs of the crisis: What can we learn from the previous crises about the effects of the financial crisis on labor share? *PERI Working Paper*, 195
- Palley, Thomas (1997): The Institutionalization of Deflationary Policy Bias. In: H. Hagemann/A. Choen (Hg.): *Advances in Monetary Theory*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht
- Palley, Thomas (2005): The Questionable Legacy of Alan Greenspan. *Challenge*, 48/6: 17-31
- Palley, Thomas (2009): *America's Exhausted Paradigm: Macroeconomic Causes of the Financial Crisis and Great Recession*. *New American Contract Policy Paper* http://www.newamerica.net/files/Thomas_Palley_America's_Exhausted_Paradigm.pdf [12-10-2009]
- Piketty, Thomas/Saez Emmanuel (2003): Income Inequality in the United States, 1913–1998. *The Quarterly Journal of Economics*, 118/1: 1-39

- Sapir, Jacques (2009): From Financial Crisis to Turning Point. How the US “Subprime Crisis” Turned into a Worldwide One and Will Change the Global Economy. *International Politics and Society*, 1: 27-44
- Schulmeister, Stephan (1998): Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit – Vom Bündnis Realkapital-Arbeit in der Prosperität zum Bündnis Realkapital-Finanzkapital in der Krise. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1: 5-21
- Schulmeister, Stephan (2010): Die große Krise im Kontext des „langen Zyklus“ der Nachkriegszeit. In: Manfred Oberlechner/Gerhard Hetfleisch (Hg.): *Integration, Rassismen und Weltwirtschaftliche Krise*. Braumüller-Verlag, Wien (im Erscheinen)
- Smithin, John (1996): *Macroeconomic Policy and the Future of Capitalism: The Revenge of the Rentiers and the Threat to Prosperity*. Edward Elgar, Cheltenham
- Solow, Robert (2000): Unemployment in the United States and in Europe: A Contrast and the Reasons. *CESifo Working Paper Series*, 231
- Stiglitz, Joesph (2009): Worauf es ankommt. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9: 43-57
- Stockhammer, Engelbert (2009): The finance-dominated accumulation regime, income distribution and the present crisis. *Wirtschaftsuniversität Wien Working Paper*, 127
- SVR (2009): Jahresgutachten 2009/10: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Kapitel 7: 256-306
- van Treeck, Till/Hein, Eckhard/Dünhaupt, Petra (2007): Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: Tendenzen in den USA und in Deutschland aus makroökonomischer Perspektive. *IMK Studies*, 5
- Wade, Robert (2009): The Global Slump – Deeper Causes and Harder Lessons. *Challenge*, 52/5: 5-24
- Young, Brigitte (2009): Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1: 141-159